

Osteuropastudien

Bericht der Sommerschule „Minderheiten in Rumänien“

Budapest (HU), Cluj-Napoca/Klausenburg (RO), Braşov/Kronstadt (RO),
Sibiu/Hermannstadt (RO)

7. bis 20. September 2014

„Ich verstehe mich als ungarischer Jude aus Rumänien mit ungarischer Kultur“, sagt der Leiter der jüdischen Gemeinde in Cluj-Napoca, Robert Schwartz. Es ist die erste Woche der Sommerschule, nach zahlreichen Einführungsvorträgen der Studierenden und eingeladenen lokalen Referenten ist der Termin in der jüdischen Gemeinde einer der ersten außerhalb des rein akademischen Teils. So verwundert Schwartz' Selbstbezeichnung noch beim ersten Hören. Allerdings stellt sich nach Gesprächen mit anderen Minderheitenvertretern im weiteren Verlauf der Exkursion schnell heraus, dass solch fluide Identitäten eher Normalität denn Einzelfälle sind.

Jene Vielschichtigkeit Transsilvaniens ist historisch bedingt: „Es ist eine Provinz, die in den letzten 1000 Jahren immer multiethnisch war“, erklärt Geschichtspräsident Rudolf Gräf während seines Vortrages den Studierenden. Die zentral im heutigen Rumänien gelegene Region war jahrhundertlang bis zum Ende des Ersten Weltkriegs (und noch einmal kurzzeitig von 1940 bis 1944) eng mit Ungarn verbunden. Gräf, der auch Vizerektor der Klausenburger Babeş-Bolyai-Universität ist, hebt zwar die Vorreiterrolle des ungarischen Adels hervor, weist jedoch darauf hin, dass auch andere Gruppen Transsilvanien prägten. Dazu zählen die deutschsprachigen Siebenbürger Sachsen, Rumänen, Juden, Roma oder Armenier – mehrsprachige Ortseingangsschilder zeugen nach wie vor von dieser Multiethnizität.

„Die unterschiedliche Bevölkerung musste auf diesem einen Territorium miteinander auskommen“, so Gräf. Ihm zufolge hätten die Rumänen bis Ende des 18. Jahrhunderts in Transsilvanien „keinen Platz“ [im politischen Leben des Landes] gehabt, da sie ohne ständische Vertretung gewesen seien. Erst unter der Habsburger-Herrschaft seien diese politisch integriert und rechtlich mit den Ungarn und Deutschen gleichgestellt worden. Nach dem Zweiten

Weltkrieg und explizit unter Nicolae Ceaușescu wurde versucht, die Region staatlicherseits zunehmend zu rumänisieren. Einige Politiker halten nach wie vor an einem rumänisch-nationalistischen Kurs fest, Konflikte mit den lokalen Minoritäten sind die Folge.

Doch wie sieht die aktuelle Situation der Minderheiten in Rumänien aus und wie groß sind sie? Grundsätzlich sind die Ergebnisse von numerischen Erfassungen von ethnischen Gruppen problematisch, dennoch bietet der aktuellste rumänische Zensus aus dem Jahr 2011 eine Orientierung. Laut der Erhebung zählen sich rund 1,24 Millionen Menschen zur ungarischen Bevölkerungsgruppe (6,5% der Gesamtbevölkerung Rumäniens), 620.000 zu den Roma (3,3%), 37.000 zur deutschen Bevölkerungsgruppe (0,2%), 3.200 zu den Juden (0,02%) und etwa 2.000 Menschen (0,01%) schreiben sich den Armeniern zu. Insgesamt leben in Rumänien 18 anerkannte ethnische Minderheiten – so viele wie in kaum einem anderen Land der Europäischen Union.

Neben diesen Zahlen verdeutlichen aber vor allem (Bau-)Denkmäler oder Straßennamen diese größtenteils friedliche Gemengelage, wie man sie überall in Transsilvanien vorfindet. So auch in Cluj-Napoca, der ersten Station der Reise. Dort befindet sich mit der Babeș-Bolyai-Universität nicht nur die einzige dreisprachige Hochschule im südöstlichen Europa, auch in den verwinkelten Altstadtgassen, Läden oder Cafés der zweitgrößten rumänischen Stadt prägen Multikulturalität und ethnische Vielfalt das Flair. An den Eingangstüren wird mit Mehrsprachigkeit geworben – insbesondere mit dem Ungarischen.

Das dürfte ganz im Sinne von Péter Kovács sein, dem Generalsekretär der Demokratischen Union der Ungarn in Rumänien (RMDSZ).

Er gibt sich im großen Presseraum des Hauptsitzes seiner Partei in Cluj-Napoca eloquent und selbstbewusst: „Wir sind die größte ethnische Minderheit in Europa. Wir haben zwar die rumänische Staatsbürgerschaft, aber unsere Kultur und unsere Traditionen sind ungarisch.“ Die RMDSZ sieht sich als politische Vertretung der Ungarn in Rumänien und als eine Partei – rechtlich gesehen ist sie ein Minderheitenverband. Kovács fordert für die Ungarn mehr Rechte und Entscheidungsgewalt, vor allem die lokalen und regionalen Räte will er stärken – letztendlich soll nur die Außen- und Verteidigungspolitik in Bukarest verbleiben, falls das so genannte

„Szeklerland“ im Osten Siebenbürgens seine alte Autonomie in den nächsten Jahren zurückerhalten sollte. Zugleich bekräftigt der 40-Jährige aber, dass „wir keinen anderen Staat oder eine Lücke in Rumänien schaffen wollen“, die im rumänischen Staatskörper entstehen würde, wenn diese Region in der Mitte des Landes sich als unabhängig erklären sollte. Kovács zufolge besitzen 400.000 Ungarn in Rumänien die doppelte Staatsbürgerschaft. Eine direkte Einmischung Ungarns in die Politik des Nachbarlandes lehnt er ab, die zahlreichen Besuche ungarischer Politiker in Transsilvanien findet Kovács kontraproduktiv.

Der starke Einfluss der ungarischen Regierung auf die Minderheit in Rumänien ist unbestritten, wie Zsuzsa Plainer, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für die Erforschung Nationaler Minderheiten (ISPMN) in Cluj-Napoca, hervorhebt. Neben der Verteilung von Pässen an die sogenannten Auslandsungarn, damit diese an Wahlen in Ungarn teilnehmen können, organisieren ungarische Politiker seit Jahren Wahlveranstaltungen, Demonstrationen oder Camps in Transsilvanien. Dass die Wahlbeteiligung ungarischer Minderheiten im Ausland entscheidend für die Politik Ungarns sein kann, zeigte sich bei der jüngsten Parlamentswahl im April 2014: Die Stimmen der Auslandsungarn brachten der alten und neuen national-konservativen Regierungspartei Fidesz genau den einen entscheidenden Sitz für die Zweidrittelmehrheit im Parlament ein. Insgesamt ist „das Angeln nach Stimmen geopolitisch zu sehen“, resümiert Plainer.

Als Koordinatorin für Roma-Projekte bekommt sie auch einen Einblick in diese größtenteils marginalisierte Minderheit und klingt resigniert. Denn aus ihrer Sicht gibt es „keine sichtbaren Auswirkungen“ der bisher durchgeführten Maßnahmen in Rumänien. Damit bleiben die Roma aus ihrer Sicht vorerst eng mit Armut und gesellschaftlicher Marginalisierung verbunden. Auch deshalb seien Plainer zufolge vor allem Roma – und Juden – Rassismus und Stereotypisierung ausgesetzt. Sie glaubt nicht, dass Rumänien ein tolerantes Land ist.

Das öffentliche Bild lässt auf den ersten Blick etwas Anderes vermuten. In der Innenstadt von Cluj-Napoca stehen sowohl orthodoxe, als auch katholische und evangelische Kirchen.

Von den ehemals fünf Synagogen sind noch vier erhalten – wobei aber nur noch eine ihrer ursprünglichen Funktion dient. Im Verwaltungsgebäude der

jüdischen Gemeinde berichtet ihr Leiter, Dr. Robert Schwartz, dass es bis in die 1940er Jahre über 17.000 Juden in Cluj-Napoca gegeben habe, ein Fünftel der damaligen Einwohnerschaft. Fast alle jüdischen Bürger wurden während des Zweiten Weltkriegs deportiert, „nur wenige sind zurückgekehrt“, bemerkt Schwartz. Heute umfasst die Gemeinde nur noch wenig mehr als 400 Personen – „wobei davon nicht alle Juden sind“, so Schwartz. Ihm zufolge war das Judentum in Transsilvanien eng mit dem Ungarntum und dessen Kultur verwoben, es gab aber auch rumänisch-sprachige Juden, die sich als Rumänen verstanden. Auf religiöse Toleranz angesprochen antwortet Schwartz, dass der Antisemitismus bei weitem nicht das Niveau Ungarns erreiche. Allerdings muss auch er einräumen, dass es vor Ort einen „unterschwelligten, latenten Antisemitismus“ gibt.

Um einen Einblick in die Situation anderer Minderheiten, insbesondere der Deutschen, zu bekommen, führt die Exkursion die 15 Studierenden nach knapp einer Woche weiter nach Braşov und Sibiu, beide zählen immer noch zu den wichtigsten Orten der Siebenbürger Sachsen. Auf dem Weg dorthin macht die Gruppe jedoch noch Halt in Dumbrăveni (Elisabethstadt). Zusammen mit Gherla (Armenierstadt) gehört Dumbrăveni zu den historisch bedeutenden armenischen Städten in Transsilvanien. Beide Städte fungierten im späten 17. und im 18. Jahrhundert als überregionale Drehscheibe für den Handel, dem Haupterwerbszweig der transsilvanischen Armenier, wodurch sie den Rang einer freien Königsstadt erhielten.

Außer der großen Dreifaltigkeitskirche am Hauptplatz und einigen erhaltenen armenischen Beschriftungen, wie an der ehemaligen armenischen Schule, sind aber heute die Armenier vor Ort nicht mehr wahrnehmbar, auch in anderen Teilen des Landes sieht die Situation ähnlich aus. „Nur noch 24 Armenier leben in Dumbrăveni“, erzählt der Leiter des örtlichen Armenischen Vereins, Ioan Călinescu. Aber keiner spreche noch Armenisch, fügt er hinzu. Das liegt hauptsächlich daran, dass spätestens im 19. Jahrhundert fast alle Armenier in Transsilvanien sprachlich assimiliert waren, größtenteils Ungarisch sprachen; schon in der frühen Neuzeit waren sie in die armenisch-katholische Kirche gewechselt.

Im Gegensatz dazu konnte sich die deutsche Minderheit gegen jegliche Assimilierungsversuche wehren, auch wenn ihre Zahl drastisch gesunken ist: Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten noch etwa 800.000 Deutsche in Rumänien,

nach mehreren Auswanderungswellen – insbesondere Anfang der 1990er Jahre – schrumpfte ihre Zahl auf weniger als 40.000. „Zu meiner Schulzeit gab es nur zwei oder drei Schüler in der Klasse, die in ihrer Familie nicht deutsch sprachen – nun ist das Verhältnis umgekehrt“, erinnert sich der Direktor des deutschsprachigen „Samuel von Brukenthal“-Gymnasiums in Sibiu, Gerold Hermann. Etwa 850 Schüler gehen auf seine Schule, die allermeisten davon sind nun Rumänen, die bereits im Kindergarten angefangen haben Deutsch zu lernen. „Die Vorteile sind den Eltern natürlich bekannt und evident“, erläutert Hermann: „Wir haben keine arbeitslosen Absolventen“, die zahlreichen deutschen Unternehmen in Transsilvanien und insbesondere in Sibiu suchen händeringend nach Fachkräften.

Dieser Zustand ist vor allem dem seit 2000 regierenden Bürgermeister Klaus Johannis zu verdanken, der mit einem Wahlkampf gegen Korruption und über positiv besetzte deutsche Stereotype erst die Wähler und letztendlich auch westliche Investoren überzeugen konnte. So kommt es, dass das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR) fast zwei Drittel der Abgeordneten im Sibiuer Stadtrat stellt – bei nur 2.000 Deutschen unter etwa 150.000 Einwohnern. Doch über die transsilvanische Stadt hinaus könne man in der Politik aufgrund der wenigen im Land verbliebenen Deutschen „nur noch eine Katalysatorfunktion einnehmen“, bemerkt DFDR-Vorsitzender Dr. Jürgen Porr.

Er sieht das Forum nicht als Partei, wie die vergleichbare RMDSZ, „wir sind aber auch kein Tennisclub oder Folkloreverein.“ Man betrachtet sich als ein politisch aktiver Minderheitenverband.

Ein Novum ist trotzdem, dass bei der rumänischen Präsidentschaftswahl im November 2014 mit Johannis erstmals ein Angehöriger einer Minderheit gute Erfolgschancen hat, das Amt des Staatsoberhauptes zukünftig zu bekleiden; im Jahr 2009 wurde der 55-Jährige bei der Wahl zum rumänischen Ministerpräsidenten noch übergangen. Auch das macht die Möglichkeiten deutlich, die für die Angehörigen der Minderheiten bestehen. Diese können sich – zumindest laut rumänischer Verfassung – auf weitreichenden Schutz und Rechte berufen und sie besitzen durch den Rat der Nationalen Minderheiten 15 Sitze im Parlament. Diese automatische Vertretung der Minderheiten im Gesetzgebungsorgan ist „ein Modell für Europa“, glaubt Porr.

Als das größte ungelöste Problem in der Situation der Minderheiten in Rumänien stellte sich im Laufe der Gespräche der Sommerschule aber vor allem die Lage der Roma dar. Auf politischer Ebene ist dies auf den fehlenden Dachverband und die starke Zersplitterung innerhalb der Roma-Community zurückzuführen, auf gesellschaftlicher Ebene auf strukturelle Diskriminierung, wie Elena Mutiu erklärt. Viel Hilfe wird im Endeffekt nur über persönliche Beziehungen geleistet, gegenseitiges Vertrauen sei wichtig. Sie arbeitet für das Ressourcenzentrum für die Gemeinschaften der Roma in Sibiu und versucht vor allem die Ärmsten und Kinder zu unterstützen. Die 28-Jährige sieht sich als selbstbewusste Roma und möchte für andere Roma als Vorbild dienen. Mutiu zufolge ist die Mehrheit der Roma in Rumänien zwar assimiliert, doch „für die traditionell lebenden wird man keine Lösung finden – man muss sie schlicht akzeptieren.“

Für viele Studierende war diese Erkenntnis am Ende eher weniger zufriedenstellend. Insgesamt bekam die Gruppe jedoch während der 13-tägigen Sommerschule einen Eindruck von der Vielfalt der Menschen, Kulturen, Religionen, Orten und Landschaften Transsilvaniens.

Zwar konnten die Studierenden diese nur auszugsweise und bruchstückhaft kennenlernen, doch gerade die vielen Treffen mit verschiedensten Gesprächspartnern, die ihre persönlichen Sichtweisen mit ihnen teilten und einen Einblick in ihre Arbeit gewährten, ermöglichten es, die Komplexität der Situation der Minderheiten in Rumänien auch in der kurzen Zeit greifbar zu machen.

Marco Fieber

redaktionelle Bearbeitung: Julia Lechler, Gerald Volkmer, Enikő Dác